

Faire Arbeitsbedingungen für alle: ein Thema für die Koalitionsverhandlungen

Bischof Ackermann zum Internationalen Tag der Menschenwürdigen Arbeit

Trier/Bonn, 7.10.2013. „Wirtschaftliches Wachstum auf Kosten von menschenwürdiger Arbeit bedroht langfristig den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und in Europa. Miserable Wohnbedingungen, Lohnvorenthalt und die Ausbeutung von Fachkräften in der Fleisch verarbeitenden Industrie, von Hausangestellten und auf dem Bau sind keine exotischen Misstände in fernen Ländern, sondern vor der eigenen Haustür zu finden. Dabei sind zum größten Teil Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen europäischen und außereuropäischen Ländern betroffen, die durch ihre Arbeitsleistung Deutschlands Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit stärken. Deshalb muss es bei den anstehenden Koalitionsverhandlungen auch um menschenwürdige Arbeit für alle, gerade für die Wanderarbeiter/-innen und prekär Beschäftigte gehen.“ So äußerte sich Bischof Dr. Stephan Ackermann, der Justitia et Pax- Vorsitzende anlässlich des Internationalen Tages für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober.

Die Unsicherheit, die sich vor allem durch informelle und prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Werkverträge, Leiharbeit, Minijobs, Tagelöhneri und Saisonarbeit ausbreite, bilde für Familien und besonders junge Menschen eine große Belastung. Eine zukünftige nationale Beschäftigungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik müsse auch Antworten finden auf Jugendarbeitslosigkeit in Europa und die Abwanderung von arbeitssuchenden Fachkräften aus Europa.

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax arbeitet seit vielen Jahren zusammen mit dem DGB an den Themen Menschenwürdige Arbeit und Menschenwürdiges Einkommen in der globalisierten Welt. In ihren gemeinsamen Stellungnahmen stellen sie fest, dass Menschenwürdige Arbeit weltweit ein Schlüssel zur Überwindung von Armut und Diskriminierung ist.

In einem reichen Land wie Deutschland müssten faire Arbeitsbedingungen, faire Entlohnung und faires Miteinander zu Mindestanforderungen an eine sozialverträgliche Politik gehören, die sowohl für inländische als auch in Deutschland tätige ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter gelten. Arbeitsfähige Menschen müssten sich und ihre Familien durch ihrer Hände Arbeit ernähren können. Das Recht auf menschenwürdige Arbeit und soziale Sicherheit gelte universal. Die andauernde Verletzung dieses Rechts, die sich in dem Auseinanderklaffen der Schere zwischen arm und reich ausdrückt, führe zur Gefährdung des sozialen Friedens.

„Daher appellieren wir an die Verantwortlichen für die Koalitionsverhandlungen, faire Arbeitsbedingungen dort zum Thema zu machen“, so Bischof Ackermann. Dazu gehören die Ratifizierung der UN-Konvention zum Schutz der Rechte von Wanderarbeitern und ihren Familien, die Einrichtung grenzüberschreitender Sozialversicherungssysteme und die Einführung von existenzsichernden Mindestlöhnen, die nicht durch individuelle oder kollektive Vereinbarungen unterschritten werden können.

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Kaiserstr. 161, D 53113 Bonn
Telefon ++49(0)228-103217
Telefax ++49(0)228-103318
e-mail: Justitia-et-Pax@dbk.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Redaktion:

Dr. Hildegard Hagemann
Projektreferat
Armutsbekämpfung
Tel: 0228 - 103 317